

Abg. große Deters erläuterte den Antrag. Die SPD-Fraktion fühle sich durch die Verwaltungsvorlage in dem bestätigt, was sie beantragt habe. Die Fraktion vertrete die Auffassung, es sei notwendig, den politischen Druck auch öffentlich zu erhöhen und auch weiter kontinuierlich aufrecht zu erhalten um das Ziel zu erreichen, überall im Kreisgebiet öffentlich geförderter Wohnungsbau errichten zu können. Abg. große Deters teilte mit, dass es laut GWG jedenfalls ab dem Zeitpunkt, ab dem die Herabstufung in Neunkirchen-Seelscheid und Swisttal erfolgt sei, nicht mehr möglich sein werde, öffentlich geförderten Wohnungsbau zu errichten. Dies sei in den Kommunen Much und Ruppichterath bereits zum jetzigen Zeitpunkt der Fall. Er bat daher um Zustimmung zum Antrag.

Ltd. KVD Hahlen erläuterte, dass die Verwaltung nicht die wissenschaftliche Basis des Gutachtens angreife, sondern davon ausgehe, dass die Basis des Gutachtens valide sei. Natürlich sei es positiv für den Rhein-Sieg-Kreis, wenn alle kreisangehörigen Kommunen in ihrem bisherigen Mietniveau verblieben.

Abg. Schmitz betonte, dass bezahlbarer Wohnraum unstrittig wesentlicher Bestandteil einer nachhaltigen politischen Zukunftsgestaltung sei. Es sei aber wichtig, beim Thema bezahlbarer Wohnraum alle Aspekte im Blick zu halten und nicht auf einzelne Bereiche zu fokussieren. Die CDU-Fraktion begrüße, dass die Anpassung der entsprechenden Mietniveau- und Bedarfsniveaueinschätzungen des Landes durch die Verwaltung kritisch hinterfragt worden sei und dass eine Übergangslösung habe gefunden werden können. Die CDU-Fraktion halte deswegen den von der SPD-Fraktion angestrebten Beschluss, der einer Resolution gleichkäme, nicht für erforderlich.

Abg. Deussen-Dopstadt hielt es ebenfalls für unstrittig, dass bezahlbarer Wohnraum in größerem Maße zur Verfügung zu gestellt werden müsse und dafür alle öffentlichen Akteure ermutigt werden müssten. Bezüglich des Antrags der SPD-Fraktion sei sie der Ansicht, dass die Kritik der SPD von der Verwaltung bereits angenommen wurde. Die Verwaltung habe in ihrer Stellungnahme klargemacht, dass sie ein einheitliches Niveau haben wolle und sich gegen die Herabstufung einzelner Gemeinden ausgesprochen. Dass dies nicht den gewünschten Erfolg gehabt habe, sondern es nur zu einer Übergangslösung gekommen sei, sei hinzunehmen. Das Ansinnen des SPD-Antrags sei im Grunde bereits erfüllt.

Abg. große Deters appellierte nochmal an die Anwesenden, für den Antrag zu stimmen, da es einen Unterschied darstelle, ob man als einzelner Mandatsträger etwas bewirken wolle, oder ob ein Kreistagsbeschluss hinter der Forderung stehe. Das Problem trete nicht nur im Rhein-Sieg-Kreis auf. Es gebe viele Kreistage und Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, die Druck entfalten wollten, dass überall öffentlich geförderter Wohnraum zu Verfügung gestellt werde. Bislang sei es nur ein Vorgang zwischen Verwaltung und Ministerium gewesen. Nun sei es erforderlich, dass der Kreistag sich positioniere.

Abg. Schmitz stellte klar, dass die Politik die Situation im Rhein-Sieg-Kreis im Blick halten müsse und nicht für andere Landkreise sprechen könne, denn es gehe um die Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Zudem vertat er die Auffassung, dass die Übergangslösung bereits ein Resultat des Einwirkens auf entsprechende Mandatsträger sei und es hier nicht nochmal einer Bestätigung durch den Ausschuss in Form einer Resolution bedürfe. Außerdem sei es ja

durchaus denkbar, dass im weiteren Verlauf des Prozesses die Ergebnisse nochmal hinterfragt und geprüft werden, sodass im weiteren Prozess vor Ablauf der Übergangslösung hier nochmal eine entsprechende Information seitens der zuständigen Landesbehörden gegeben werde.

Abg. Kunert merkte an, dass es neben dem sozialen Wohnungsbau viele Bausteine gebe, die im Blick zu halten seien, denn letztlich gehe es darum, den unterschiedlichen Anforderungen der Bevölkerung an Wohnungen Rechnung tragen zu können. Einer dieser Bausteine sei zum Beispiel die Quartiersentwicklung, denn hierdurch könne z.B. erreicht werden, dass Menschen länger in ihren Räumen verblieben und dass die Quartiere attraktiv blieben. Es sei überflüssig eine Resolution zu beschließen, die gar nicht alles das umfasse, was getan werden könne und auch schon getan werde. Der Antrag sei insofern nicht zielführend.

SkB Droste trug bei, er halte es durchaus für sinnvoll, eine Resolution zu beschließen, damit die Landesregierung einsehe, einen Fehler gemacht zu haben. Wenn die Resolution nicht beschlossen würde, käme es dort ja vielleicht gar nicht an.

Abg. große Deters wies auf die unzählige Zahl an Fördertöpfen hin, die die Abg. Kunert bereits erwähnt habe und dass nicht zu allen Fördermöglichkeiten Stellung bezogen werden könne. Man müsse sich schon auf eine Sache beschränken. Die SPD-Fraktion habe ein ganz spezifisches Problem angesprochen, dass nicht durch die von der Abg. Kunert genannten Dinge gelöst werde. Menschen eine Wohnung zu geben müsse allerhöchste Priorität haben. Die schwarz-gelbe Landesregierung habe leider andere Prioritäten. In diesem zentralen Bereich werde gekürzt und man nehme den Kommunen die Instrumente weg, etwas gegen die Wohnungsnot zu tun. So sei auch die Mietpreisbremse in Nordrhein-Westfalen außer Kraft gesetzt. Es werde alles getan, um die Situation von den Menschen, die für sich bezahlbaren Wohnraum suchen, zu verschlechtern.

Abg. Dr. Fleck merkte an, dass die verschiedenen Fördertöpfe, auf die hingewiesen worden sei offensichtlich nicht dazu beitragen, dass bezahlbarer Wohnraum geschaffen werde. Er wies darauf hin, dass in Siegburg Flüchtlingsunterkünfte mit zinslosem Geld errichtet worden seien, und dass er dies als Richtschnur auch für bezahlbaren Wohnraum sehe. Man solle auf die Banken einwirken, dass hier ebenfalls Geld zinslos zur Verfügung gestellt werde.

Dezernent Schmitz stellte sich am Ende der Debatte kurz als neuer Dezernent vor. Für ihn sei klar, dass jede Wohnung, die gebaut werde, weiterhelfe. Die Frage sei aber, was der Kreis steuern könne. Er halte es für sinnvoll, die Herren März und Dr. Tengler nun berichten zu lassen, um zu erfahren, wie sich die Lage und die Perspektive auf dem Wohnungsmarkt aus ihrer Sicht darstelle. Von Seiten der Verwaltung sei in Richtung Landkreistag alles unternommen worden, um gegen die Abstufung einzelner Kommunen Einfluss zu nehmen. Zudem sei die Quartiersplanung ein wichtiges Element. Zielsetzung der Quartiersförderung sei nämlich nicht, nur ein einzelnes Thema aufzugreifen, sondern die Belange vor Ort zusammen zu führen und für Menschen mit Behinderungen, für Senioren, für Pflegebedürftige etc. in der Quartiersentwicklung mit moderneren Konzepten Wohnraum zu schaffen.

Der Ausschuss fasste sodann folgenden Beschluss: